

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 19.05.2010  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:52 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meyer, Elfriede

#### **SPD-Fraktion**

Bamminger, Berendine  
Götze, Horst für Bernd Bornemann (bis 19:43 Uhr)  
Mecklenburg, Rico  
Meinen, Regina  
Swieter, Benjamin

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut für Reinhard Hegewald (bis 19:43 Uhr)  
Odinga, Hinrich für Carmen Verlee

#### **FDP-Fraktion**

Ammersken, Heino  
Bolinus, Rolf

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Renken, Bernd

#### **Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**

Koziolk, Stephan-Gerhard

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Buischer, Herbert (bis 19:23 Uhr)  
Kaufhold, Josef (ab 18:30 Uhr)  
Lorenz, Gerhard (bis 18:30 Uhr)  
Schulte, Laura (bis 19:40 Uhr)

#### **Verwaltungsvorstand**

Lutz, Martin

#### **von der Verwaltung**

Sprengelmeyer, Thomas  
Buß, Thomas  
Lier, Robert  
Harms, Werner  
Baumann, Albert  
Fischer-Joost, Helmut

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau E. Meyer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Verpflichtung sonstiger stimmberechtigter Mitglieder gemäß § 28 NGO

**Frau E. Meyer** nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitglieds Laura Schulte gemäß § 28 NGO vor.

**TOP 3** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Genehmigung der Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 04.02.2010

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 04.02.2010 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 5** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 6** Jugendbüro;  
- Schulverweigerung - Die 2. Chance;  
- Kompetenzagentur  
Vorlage: 15/1393/1

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, aufgrund einer aktuellen Entwicklung habe er es heute übernommen, die Zahlen der Kompetenzagentur anhand einer Präsentation kurz vorzustellen und zu erläutern. Er führt weiter aus, da sich das Konzept aktuell verändern würde, wolle er nicht weiter darauf eingehen. Anschließend erläutert er das Projekt der Schulsozialarbeit.

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Sprengelmeyer geht dann auf die aktuelle Situation ein und bemerkt, Anfang Mai habe der Leiter des Fachdienstes Jugendförderung an einer Bundestagung in Frankfurt teilgenommen. Dort sei ein neues Projekt vorgestellt worden, welches nunmehr aufgelegt werde. Das Projekt „Jugend stärken“ beinhalte dem Grunde nach eine Vernetzung der Programme „2. Chance Schulverweigerung“, „Kompetenzagentur“, „Jugendmigrationsdienste“ und „Stärken vor Ort“. Diese vier Programme seien in Emden vorhanden. Es gehe darum, junge Menschen in ihrer sozialen, schulischen und beruflichen Integration zu stärken. Dazu würden jetzt 38 bis 40 Modellstandorte ausgewählt, die ganz gezielt eine Aufbauorganisation und Verbindung der Konzepte herstellen sollen. Dieses Projekt habe eine Laufzeit über drei Jahre und ein Fördervolumen pro Projekt von 500.000 €. Am Montag habe sich die Verwaltung dazu entschlossen, hier zunächst eine Interessenbekundung abzugeben. Diese werde derzeit erarbeitet und müsse bis Ende des Monats abgegeben werden. Im weiteren Verlauf sei geplant, die jetzt vorliegenden Konzepte neu zu überarbeiten und einen Antrag zu formulieren. Dieser Antrag, der zunächst verwaltungsintern beraten und dann der Politik vorgestellt werde, müsse auch den Finanzierungsplan beinhalten. Er gehe zurzeit davon aus, dass der städtische Eigenanteil über die sogenannten „Eh-da-Kosten“ getragen werden könne, sodass hier keine Mehrkosten entstehen würden. Herr Sprengelmeyer bemerkt, er würde hier eine ganz große Gelegenheit sehen, die verschiedenen Projekte, die zum Teil bei anderen unterschiedlichen Trägern verortet seien, miteinander zu verbinden und eine vernünftige Aufbauorganisation für den gesamten Bereich Jugend, Sozialarbeit und berufliche Integration nach vorne zu bringen.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mecklenburg** erinnert an die Ausführungen des Kämmerers in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation. Er habe deutlich gemacht, für welche Bereiche wie viel Geld ausgegeben werden müsse. Weiter habe er anhand eines Beispiels des Jugendbereichs die Kostensteigerungen im Verlauf der letzten Jahre dargestellt und gefragt, ob es damals den Jugendlichen so viel schlechter gegangen sei, als diese Kosten wesentlich niedriger gewesen seien. Herr Mecklenburg betont, der Vortrag von Herrn Sprengelmeyer habe den Kämmerer möglicherweise zum Nachdenken gebracht, dass sich die Gesellschaft in den letzten 20 Jahren doch verändert habe. Es würde nicht mehr so viele junge Leute geben, aber die Wirtschaft benötige gut qualifizierte junge Menschen. Daher müsse das Netz möglichst eng gespannt sein, damit hier keiner durchfalle. Aus seiner beruflichen Tätigkeit könne er bestätigen, dass hier bereits eine hervorragende Arbeit geleistet werde, die unglaublich wichtig sei. Er würde es begrüßen, wenn die Stadt Emden nunmehr die Chance habe, ein Modellstandort zu werden. Seines Erachtens sei hier schon sehr viel gute Vorarbeit geleistet worden. Abschließend stellt Herr Mecklenburg fest, das Problem sei jedoch, dass dieses leider auch Geld kosten werde.

**Herr Lutz** betont, die Gesellschaft würde über ihre Verhältnisse leben und gebe tatsächlich mehr Geld aus, als sie einnehme. Seines Erachtens müsse man sich an manchen Stellen fragen, was man mit dem Geld erreiche, was man an bestimmten Stellen einsetze. Er halte es für sinnvoll und wichtig, die jungen Menschen an die Arbeit heranzuführen, sodass sie ohne Hilfe des Staates leben könnten. Dieses sei ein ganz wesentlicher Punkt. Herr Lutz bittet darum, weiterzudenken und alle Bereiche der Verwaltung anzusehen. Er habe den Jugendbereich als Beispiel genannt, weil dort die stärksten Steigerungen zu verzeichnen seien. Im Jahre 2002 habe man dort ein Ausgabevolumen in Höhe von 22 Mio. € gehabt. Jetzt würde man bei 30 Mio. € liegen. Hier müsse man sich überlegen, ob mit dem Geld hundertprozentig das erreicht werde, was man erreichen wolle oder ob man das Geld unter Umständen besser einsetzen könne. Abschließend stellt Herr Lutz fest, solange die Stadt Emden den Zuschuss des Bundes bekäme, sei das Geld mit Sicherheit gut eingesetzt. Doch erfahrungsgemäß würden die Kommunen nach einigen Jahren von den Zuschussgebern im Regen stehen gelassen. Dieses führe dann zu exorbitanten Kostensteigerungen. Daher habe er gesagt, man müsse schauen, was man wolle und was man tatsächlich brauche in dieser Stadt.

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

**Herr Bongartz** erinnert daran, bei der Problematik des Sparens habe Herr Lutz das Beispiel des Jugendetats genannt, weil dieser sich extrem entwickelt habe. Hier müsse man sich die Frage stellen, was sich mit dieser extremen Entwicklung im finanziellen Bereich gegenüber dem, was vorher gewesen sei, geändert habe. Man müsse objektiv feststellen, dass sich nicht viel geändert habe. Damit sei die Frage verknüpft gewesen, ob man sich nicht überlegen müsse, zu sparen. Seiner Meinung nach müsse sich jeder Ausschuss mit dieser Problematik beschäftigen. Es gäbe viele Dinge, die wünschenswert seien, doch man müsse sich mit der Lage vertraut machen, dass die Mittel nicht mehr vorhanden seien, um Projekte gegenfinanzieren zu können. Wenn jedoch hier gesagt werde, dass es sich hierbei um „Eh-da-Kosten“ handeln würde und man hier haushaltsmäßig nicht reagieren müsse, sollte man auf jeden Fall alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Projekt zu bekommen.

**Herr Sprengelmeyer** stellt fest, es sei nunmehr ein Thema im Rahmen der Finanzdiskussion aufgekommen und es werde die Entwicklung der Finanzen auf der einen Seite der gesellschaftlichen Entwicklung auf der anderen Seite gegenübergestellt. Leider sei festzustellen, dass trotz der demographischen Entwicklung und der verringerten Zahlen an Kindern die Fälle im Rahmen zur Hilfe zur Erziehung nicht unbedingt weniger würden. Seines Erachtens würde dieses an der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung liegen. Bereits immer jüngere Kinder würden auffällig, sodass in den Schulen und Kindertagsstätten Integrationshelfer beschäftigt werden müssten. Auch habe man es im Bereich der Jugendhilfe zunehmend mit psychisch erkrankten Eltern zu tun. Dieses seien die gegenläufigen Tendenzen. Herr Sprengelmeyer stimmt den Äußerungen von Herrn Lutz zu, die Leistungen, die die Stadt Emden bei den freien Trägern in Auftrag geben, immer auch zu prüfen, ob das, was eingesetzt werde, auch im Ertrag wieder dabei herauskomme. Im Rahmen der Haushaltsberatungen und der Zielfindung müsse sehr ernsthaft darüber gesprochen werden, welche Prioritäten man setzen wolle.

**Herr Koziolk** findet es richtig, wenn im Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss nachhaltig gedacht werde. Seiner Ansicht nach sei dieses im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation nicht der Fall, da hier nur von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr gedacht werde. Somit würden die Kosten der Zukunft fehlen. Das werde hier wieder ganz deutlich.

**Herr Renken** erklärt, es sei bedauerlich, wenn man das auf die finanzielle Ebene reduziere. Im Jugend- und Bildungsbereich dürfe auf keinen Fall ein Sparkurs gefahren werden. Denn die dortigen Aufgaben würden trotz der demographischen Entwicklung wachsen. Es sei bekannt, dass es noch nicht ausreichend gelungen sei, die soziale Diskriminierung in dem Bildungssystem zu beseitigen. Noch immer seien 40 % aller Migranten im Bundesdurchschnitt Hauptschüler, während nur 15 % mit deutscher Herkunft Hauptschüler seien. Vor einigen Jahren sei gesagt worden, beste Sozialpolitik sei auch eine gute Wirtschaftspolitik. Doch mittlerweile müsse man dieses anders formulieren und sagen, die beste Sozialpolitik sei eine gute Bildungspolitik. Dieses bedeute, Bildung und Wissen sei der Rohstoff, mit dem man auch in wirtschaftlicher Hinsicht wettbewerbsfähig werde. Es käme darauf an, die Mittel gezielt und richtig einzusetzen. Aus diesem Grunde finde er es richtig, den von Herrn Sprengelmeyer vorgeschlagenen Weg zu beschreiten und zu schauen, was man tatsächlich mit Hilfe der Förderung realisieren könne. Er würde auch eine große Priorität in diesem Projekt sehen, denn diejenigen, die im Jugendbüro beraten würden, seien auch diejenigen, die derzeit die Verlierer im Bildungssystem seien. Seines Erachtens sei es eine wichtige Aufgabe, sowohl das System der Bildung zu reformieren und weiterzuentwickeln als auch auf der anderen Seite die jungen Menschen nicht durch das Netz fallen zu lassen.

**Herr Bongartz** stellt fest, es sei gerade wieder gesagt worden, man wolle an Bildung, Sozialem und Jugend nicht sparen. Das stehe auch für ihn fest. Doch diese drei Bereiche würden etwa 90 bis 95 % des gesamten Haushalts ausmachen. Bei dem vorhandenen Defizit tauche aber ernsthaft die Frage auf, womit man die Schulden überhaupt decken wolle, auch um zu verhin-

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

dern, dass demnächst jemand aus Hannover den Emden Haushalt bewirtschaftete und somit die kommunalpolitische Selbstständigkeit verloren gehe. Er betont, man müsse sich Gedanken machen und überlegen, wo man sparen wolle. Man dürfe nicht sagen, wo man überall nicht sparen wolle.

**Herr Renken** betont, er habe nicht gesagt, dass man überhaupt nicht sparen könne. Er stimme auch den Herren Lutz und Sprengelmeyer zu, dass man durchaus überlegen müsse, welche Projekte in Zukunft eine größere Bedeutung hätten und welche eine geringere. Da die Gesellschaft im Wandel sei, würden sich auch die Aufgaben wandeln. Er stellt fest, es sei der falsche Weg, in diesem Bereich Einschnitte vorzunehmen. Es gehöre zu den Pflichtaufgaben, in den Schulen Investitionen vorzunehmen und sie zu erweitern, auch wenn anderenorts Räume nicht mehr genutzt würden. Das sei die Konsequenz aus den Beschlüssen des Rates. Seiner Meinung nach sei es nicht zutreffend, dass man über die Verhältnisse gelebt habe. Vielmehr hätten Bund und Land die Kommunen in vielfacher Weise hingengelassen. Dieses dürfe man bei der ganzen Debatte nicht vergessen.

**Herr Lutz** erklärt, tatsächlich lebe die heutige Gesellschaft über ihre Verhältnisse und würde Gelder ausgeben, die die zukünftigen Generationen bezahlen müssten. Für die von der Bank gewährten Kredite seien Zinsen und Tilgung zu zahlen. Dabei seien die Kommunen, die durch das Steuerrecht gebeutelt seien, noch relativ sparsam. Jeder Bundesbürger, der geboren werde, habe beim Bund allein 20.000 € Schulden, die er im Laufe seines Lebens zurückbezahlen müsse. In den Kommunen seien es ca. 1.000 €. Über diesen Punkt sollte nachgedacht werden.

**Herr Mecklenburg** bemerkt, dann sollte man sich auch einmal darüber unterhalten, was der öffentlichen Hand aufgebürdet werde. Daher sei er nicht der Meinung, dass die Stadt Emden über ihre Verhältnisse leben würde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 7** Ergebnisse der Schulinspektionen der Grundschule Westerburgeschule und des Gymnasiums am Treckfahrtstief  
Vorlage: 15/1572

**Herr Buß** erklärt, mit der heutigen Vorstellung der Inspektionsergebnisse würde im Grunde genommen eine Reihe fortgesetzt. Er weist vorab darauf hin, dass es bei den Schulinspektionen um eine ganzheitliche Betrachtung der Schulen gehe und vielfältige Informationen mit spezifizierten Verfahren erhoben würden. Im Mittelpunkt der Inspektionen stehe die Qualität des Unterrichts, die anhand verschiedener Kriterien festgelegt werde. Aus den Ergebnissen der Schulinspektion hätten die Schulen Maßnahmepläne zu erstellen und umzusetzen. Herr Buß bemerkt, in Emden seien bereits zwölf Schulen besucht worden, demnach müssten noch acht Schulen inspiziert werden.

**Herr Redenius** und **Herr Kracke** stellen die Ergebnisse der Schulinspektionen ihrer Schulen vor.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Koziolk** bedankt sich ebenfalls und stellt fest, das Ergebnis der Westerburgeschule sei hervorragend. Jedoch sei das GAT im Jahre 2007 durchgefallen und auch die Nachinspektion würde er nur als befriedigend ansehen. Abschließend fragt er an, wann die nächste Inspektion geplant sei.

Es erfolgt eine kurze Diskussion über die Bewertung nach den vier Beurteilungskategorien.

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

**Herr Ammersken** erklärt, der gesamte Ausschuss begrüße diese Ergebnisse. Es sei festzustellen, dass es eine massive Verbesserung gegeben habe. Dieses sollte man in den Focus stellen und nicht kleinkrämerisch um Noten feilschen. Das jetzt vorliegende positive Ergebnis sei seiner Meinung nach entscheidend.

**Herr Kracke** führt aus, die Frage, wann die nächste Inspektion durchgeführt werde, könne er nicht beantworten. Ihm sei lediglich bekannt, dass aufgrund des Doppelabiturs die Gymnasien im nächsten Jahr verschont würden.

**Frau Schulte** regt an, die Berufsbildenden Schulen zeitnah zu inspizieren.

**Herr Buß** stellt fest, dass die Berufsbildenden Schulen bereits im Jahre 2006 inspiziert worden seien. Er gehe jedoch davon aus, dass sie in der zweiten Runde wieder zu Beginn besucht würden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 8** Raumbedarf der Haupt- und Realschule Osterburgschule und der Integrierten Gesamtschule Emden  
Vorlage: 15/1577

**Herr Lutz** erklärt, die Verwaltung wolle den Rat mit dieser Mitteilungsvorlage einerseits über die getroffenen Feststellungen informieren. Andererseits weise er darauf hin, dass die unter finanziellen Auswirkungen genannten 280.000 € nur ein erster Bauabschnitt seien. Wenn dort gebaut würde, müsse mit einer Summe von über 1 Mio. € gerechnet werden.

Herr Lutz zeigt sich über den heute erschienenen Zeitungsartikel etwas verwundert, dem zu entnehmen sei, dass die Möglichkeit eines Anbaus noch vor Beginn des Schuljahres bestehen würde. Er bemerkt, selbst wenn das Geld vorhanden sei und sofort ein Architekt beauftragt würde, wäre es dieses aus rein zeitlichen Gründen kaum möglich.

Weiter führt Herr Lutz aus, zudem sei das Geld im Haushalt noch nicht einmal veranschlagt, sodass in der nächstmöglichen Ratssitzung entschieden werden müsse, ob eine neue Haushaltssatzung gemacht werde. Alles, was dort zu investieren sei, müsse über einen Kredit finanziert werden. Dafür benötige die Stadt Emden eine Genehmigung aus Hannover. Herr Lutz gibt eine Zeitleiste bekannt und stellt anschließend fest, dass es in diesem Jahr aus faktischen Gründen überhaupt nicht möglich sei, etwas zu unternehmen. Von daher halte er es für verwehrt, zu sagen, dass bis zum Schuljahresbeginn überhaupt irgendetwas möglich wäre.

Herr Lutz teilt mit, in diesem Zusammenhang müsse man auch sehen, dass die Planungsgruppe der IGS davon ausgegangen sei, dass in der Schule fünf Klassenräume bei einer fünfzügigen IGS und ein Lehrerzimmer zur Verfügung stehen sollten. So sei es auch immer im Ausschuss kommuniziert worden. Wenn jetzt gesagt werde, man benötige zusätzliche Schulräume, dann sollte auch gesagt werden, wer das bezahle. Herr Lutz bemerkt, die Verwaltung habe sich darauf geeinigt, in der nächstmöglichen Schulausschuss-Sitzung das Konzept vorzulegen, um dann festzustellen, ob die Stadt in der Lage sei, entsprechende Investitionen durchzuführen.

Bezüglich der Osterburgschule erklärt Herr Lutz, es sei momentan ausgesprochen schwierig, in diesem Jahr noch etwas hinzubekommen. Er regt an, zunächst nach anderen Möglichkeiten zu suchen. So sei es bei den Gymnasien üblich gewesen, auf das Stammklassenprinzip zu verzichten und Wanderklassen einzurichten, auch wenn dieses ausgesprochen unbequem sei. Abschließend stellt Herr Lutz heraus, ob ein Anbau möglich sei, müsse in den nächsten Haus-

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

haltsberatungen besprochen werden. Seiner Ansicht nach sei es besser, zunächst nach anderen Alternativen zu suchen, damit der Schulunterricht tatsächlich dort stattfinden könne.

**Herr Sprengelmeyer** betont, es sei keine Überraschung, dass an dieser Stelle ein zusätzlicher Raumbedarf entstehen würde. In den Protokollen sei nachzulesen, dass die Verwaltung in den entsprechenden Sitzungen wie auch in der entscheidenden Ratssitzung darauf hingewiesen habe, dass am Standort Osterburgschule zum Ausbau einer IGS letztlich 22 allgemeine Unterrichtsräume fehlen würden. Auch sei immer auf die Kosten in Höhe von 5 Mio. € hingewiesen worden, die dadurch verursacht würden. Es seien nunmehr zwei Faktoren zusammengelaufen, die möglicherweise dazu geführt hätten, dass zu Beginn des nächsten Schuljahres drei Klassenräume fehlen würden. In den Planungen sei man davon ausgegangen, dass ein zusätzlicher Raumbedarf erst ab dem Schuljahr 2011/2012 entstehe. Nun sei dieser aber schon zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 vorzuhalten. Letztendlich könne aber erst zuverlässig gesagt werden, wie groß der Raumbedarf sei, wenn das Anmeldeverfahren für die IGS abgeschlossen sei.

Herr Sprengelmeyer führt weiter aus, auch müsse berücksichtigt werden, dass es überdurchschnittlich viele Rückläufer von den Gymnasien und der Realschule zur Haupt- und Realschule Osterburg geben würde. Von daher bestehe die Notwendigkeit, Klassen zu teilen. Abschließend erklärt Herr Sprengelmeyer, es sei ihm wichtig, den Rat über diese Situation zu informieren.

**Herr Buß** führt aus, es sei von der Verwaltung bereits im letzten Jahr auf diese Situation hingewiesen worden. So sei in der Schulausschuss-Sitzung am 07.05.2009 von der Verwaltung vorgeschlagen worden, das GAT als Standort für eine IGS mit einer Außenstelle an der Osterburgschule zu wählen. Seinerzeit seien verschiedene Modelle zuzüglich der Schülerzahlen und des Raumbedarfs und die dadurch entstehenden Kosten vorgestellt worden. Der Rat habe am 11.06.2009 den Beschluss zur Schulentwicklungsplanung gefasst, dass die Haupt- und Realschule Osterburg zum 31.07.2010 aufgelöst und die IGS zum 01.08.2010 ihren Betrieb am Standort der Haupt- und Realschule Osterburg aufnehmen werde.

Weiter erklärt Herr Buß, zum Zeitpunkt der Schulentwicklungsplanung sei die Verwaltung davon ausgegangen, dass die Haupt- und Realschule durchgehend dreizügig weitergeführt und die IGS durchgehend fünfzügig eingerichtet werde. Bei dieser Konstellation wären die Räumlichkeiten am Standort Osterburgschule ausreichend gewesen. Da die Haupt- und Realschule allerdings zusätzliche Klassen aufgrund der hohen Rückkehrerzahlen bilden müsse, würden im kommenden Schuljahr statt 15 Klassen an der Haupt- und Realschule Osterburg 18 Klassen geführt.

Herr Buß erklärt, das pädagogische Konzept, welches in der Planungsgruppe der IGS erläutert worden sei, würde sieben Räume pro Jahrgang – fünf allgemeine Unterrichtsräume und je eine Lehrerstation sowie eine Lernstation - vorsehen. Voraussetzung sei, dass die Anmeldezahlen erreicht würden. Dieses bedeute, dass insgesamt 25 Räume benötigt würden, aber nur 22 Räume vorhanden seien. Im Ergebnis würden somit drei Räume fehlen.

Herr Buß stellt noch einmal die Entwicklung des Raumbedarfs der allgemeinen Unterrichtsräume für die kommenden Jahre vor und erklärt anschließend, natürlich habe man bereits über Alternativen nachgedacht. So gäbe es die Möglichkeit, Fachunterrichtsräume als allgemeine Unterrichtsräume zu nutzen. Diese seien allerdings durch den Fachunterricht ausgelastet. Hinzu käme, dass es unterschiedliche Unterrichtszeiten gäbe, da der Unterricht an der IGS rhythmisiert erteilt werde. Weiter könnte darüber nachgedacht werden, den jüngsten Jahrgang der Haupt- und Realschule an die Grundschule Westerbürgschule auszulagern. Da aber diese Schule zum 01.08.2010 Ganztagschule werde, entstehe dort auch ein erhöhter Raumbedarf, sodass keine Räumlichkeiten zur Verfügung stünden.

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

Weiter führt Herr Buß aus, man könne auch darüber nachdenken, den 9. und 10 Jahrgang der Haupt- und Realschule am Standort Wallschule zu beschulen, da dort Räumlichkeiten vorhanden seien. Eine andere Alternative sei die Aufstellung von mobilen Klassenräumen. Dieses habe Kosten in Höhe von 280.000 € zur Folge. Über die Jahre gerechnet würden sogar 900.000 € erforderlich sein, um die Räumlichkeiten entsprechend für die Schulen bereit zu stellen. Langfristig wäre ein Erweiterungsbau an der Schule zu errichten, der Kosten von ca. 4 Mio. € zur Folge habe.

Abschließend stellt Herr Buß fest, die Anzahl der Räumlichkeiten sei abhängig von den Schülerzahlen. Da die Anmeldungen für die IGS am 04. und 05.06.2010 stattfinden würden, könne erst dann Genaueres gesagt werden. Ziel müsse es jedoch sein, einen geordneten Schulbetrieb sicherzustellen und eine Entscheidung für das kommende Schuljahr möglichst schnell zu treffen.

**Frau E. Meyer** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mecklenburg** erklärt, wenn man jetzt nach den Ursachen frage, dann komme man sehr schnell zu der klaren Erkenntnis, dass die Landesregierung den Kommunen sehr teuer geworden sei. Bereits durch die Abschaffung der Orientierungsstufe im Jahre 2004 sei ein Chaos angerichtet worden. Man habe zusehen müssen, wie einerseits einzelne Schulstandorte nicht mehr haltbar gewesen und andererseits Erweiterungsbauten in großem Umfang errichtet worden seien. Ein weiterer Schlag sei die geforderte Fünfüzigkeit für die IGS. Seiner Ansicht nach gäbe es kein einziges pädagogisches Argument für diese Fünfüzigkeit und dadurch wollte man Gesamtschulneugründungen möglichst verhindern. Hier habe man jetzt ein gutes Beispiel dafür, wozu es führe, wenn eine Kommune dennoch dem Wunsch der Eltern gerecht werde und eine Gesamtschule einrichte. Herr Mecklenburg appelliert an die Ratsmitglieder, auf ihre Vertreter in Hannover dementsprechend einzuwirken. Insbesondere in dieser finanziellen Situation könne den Kommunen eine Fünfüzigkeit nicht angelastet werden.

Herr Mecklenburg beantragt, die Leiterin der Haupt- und Realschule Osterburg, Frau Hoffmann, und den Leiter der Planungsgruppe der IGS; Herrn Kottkamp, als Sachverständige hinzuzuziehen, damit diese direkt befragt werden könnten. Seiner Ansicht nach sei das Thema ernst und man würde sich in einer großen Zeitnot befinden.

**Frau E. Meyer** fragt an, ob der Ausschuss damit einverstanden wäre, Frau Hoffmann und Herrn Kottkamp anzuhören, falls diese dazu bereit seien, hier Stellung zu nehmen und Fragen zu beantworten.

**Herr Bongartz** erklärt, er habe grundsätzlich nichts dagegen, müsse aber feststellen, dass die Verwaltung diesen Expertenstatus offensichtlich nicht habe. Seines Erachtens könnten Frau Hoffmann und Herr Kottkamp doch nichts anderes sagen, als das, was die Behörde schon gesagt habe.

Hinsichtlich der Äußerungen von Herrn Mecklenburg bemerkt Herr Bongartz, es sei mittlerweile im Rat bekannt, dass die Landesregierung an allem Schuld haben solle. Doch eigentlich hätte man schon bei der Diskussion über die Einrichtung der Gesamtschule darüber sprechen müssen. Es sei auch damals nicht gewollt gewesen, mit der IGS in der Wallschule zu beginnen, was seiner Ansicht nach kein unvernünftiger Vorschlag gewesen sei.

Abschließend stellt Herr Bongartz fest, bei den hier aufgezeigten Alternativen fehle ihm eine Möglichkeit. Er halte es nicht für ratsam, eine bestehende Schule auseinander zu reißen und würde deshalb vorschlagen, mit der IGS in der Wallschule zu beginnen.



## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

**Herr Ammersken** schließt sich den Ausführungen von Herrn Bongartz an. Seiner Meinung nach spreche man heute über den Raumbedarf und über die Kosten und nicht über inhaltliche Konzepte. Daher seien die Ausführungen der Verwaltung voll und ganz ausreichend. Dennoch wolle er sich dem Antrag von Herrn Mecklenburg nicht verschließen.

**Frau E. Meyer** erkundigt sich bei Frau Hoffmann und Herrn Kottkamp, ob sie bereit seien, hier Stellung zu nehmen.

**Frau Hoffmann** und **Herr Kottkamp** sind damit einverstanden.

Anschließend stellt **Frau E. Meyer** fest, dass der Ausschuss dem Antrag von Herrn Mecklenburg zustimme.

**Herr Ammersken** stellt fest, seine Fraktion habe bereits im letzten Jahr die jetzt eingetretene Situation vorhergesagt. Doch damals habe sich der Rat nicht getraut, über den Raumbedarf und die Kosten exakt zu diskutieren. Auch sei es nicht richtig, dass die ganze Situation über die Stadt Emden hereingebrochen sei, denn die Verwaltung habe mit der Vorlage aus dem letzten Jahr genau diese Daten dargelegt. Er halte die Situation auch im Hinblick auf die zeitliche Komponente für sehr schwierig und schlage vor, zunächst einmal darüber nachzudenken, wie man dieses vernünftig gestalten und auch die Finanzierungsfrage endlich einmal glaubhaft klären könne. Man könne nicht einerseits über Haushaltskonsolidierung und Einsparung an allen Orten sprechen und andererseits traue man sich nicht, diese entscheidende Frage zu beantworten. Wenn die Mehrheitsfraktion in der letzten Woche immer wieder auf das Konnexitätsprinzip hingewiesen habe, schlage er vor, dieses auch in der Kommune anzuwenden. Bis heute sei noch nicht geklärt, wie dieses zu bezahlen sei. Daher sollte man Ruhe bewahren und Lösungen für die räumliche und finanzielle Situation suchen. Seiner Ansicht nach sei es nicht möglich, eine Summe von 280.000 € für drei Container in den Nachtrag einzustellen und parallel dazu den Kämmerer mit einem Haushaltskonsolidierungskonzept, was 250.000 € Einsparung vorsehe, nach Hannover zu schicken. Hier würde sich die Stadt Emden unglaublich machen.

**Herr Bongartz** stellt fest, man stehe jetzt genau vor dem finanziellen Fiasko und wisse nicht, wir das beglichen werden solle. Am 21.06.2010 würden die ersten Haushaltskonsolidierungsgespräche beginnen und dort sollten 2 Mio. € eingespart werden. Daher müsse man sich überlegen, wie man an die 4 Mio. € herankomme. Er bleibe bei seiner damaligen Feststellung, dass man sich angesichts der finanziellen Situation dieses nicht leisten könne. Dennoch würde ein Mehrheitsbeschluss vorliegen und es gehe jetzt darum, wie dieser umgesetzt werde.

**Herr Mecklenburg** betont, mit seinem Antrag wolle er in gar keiner Art und Weise irgendwelche Mitarbeiter der Stadtverwaltung als nicht kompetent bezeichnen. Vielmehr gehe es an der einen oder anderen Stelle um neue Aspekte, die in die Diskussion einfließen könnten. Dem Rat sei immer gesagt worden, im ersten Jahr seien die Räumlichkeiten auskömmlich. Deswegen sei er jetzt etwas erstaunt, dass es in diesem Jahr so viele Rückläufer geben würde und aus diesem Grunde drei Klassen mehr eingerichtet werden müssten. Diese Situation habe man im letzten Jahr nicht vorhersehen können. Hieraus resultiere auch die mögliche Lösung im schlechtesten Fall, drei Container finanzieren zu müssen. Er führt aus, auch im Jahr 2004 sei die Stadt Emden bereits in einer nicht so günstigen finanziellen Situation gewesen. Schon damals habe man riesige Summen finanzieren müssen, um das JAG zu erweitern. Doch seinerzeit hätten die Fraktionen nicht so heftig darüber diskutiert wie jetzt bei der Einrichtung der IGS. Zwar sei die Haushaltssituation jetzt besonders schwierig, aber eine Verschuldung habe es auch damals schon gegeben. Er bittet Frau Hoffmann und Herrn Kottkamp um Antwort, was sie von dem Vorschlag halten würden, den Herr Bongartz bezüglich der Einrichtung der 5. und 6. Jahrgänge der IGS in der Wallsschule gemacht habe.

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

**Frau Hoffmann** bedankt sich für die Gelegenheit, endlich einmal Stellung zu der ganzen Sachlage nehmen zu können. Sie stelle sich jedoch die Frage, wo sie nach den Sommerferien die 433 Schüler unterbringen und unterrichten solle. Anhand der jetzt vorliegenden Schülerzahlen würden im Hauptschulbereich aus einer 6. Klasse zwei 6.Klassen eingerichtet. Die Frage nach dem Grund für die zahlreichen Rückläufer könne sie nicht beantworten. Es würde aus ihrer Sicht auch nicht viel bringen.

Frau Hoffmann erklärt, sie habe sich die von der Verwaltung vorgestellten Alternativen angesehen und müsse feststellen, dass diese immer nur zu Lasten der Osterburgschule gehen würden. Sie wolle heute klar feststellen, dass die Osterburgschule vor einem Jahr der IGS zugestimmt habe. Nach all den Querelen in der Stadt sei sicherlich hier jeder im Rat froh gewesen, dass sich die Osterburgschule dazu bereit erklärt habe. Es könne aber nicht sein, dass die Osterburgschule jetzt dafür bestraft werde. Schließlich würde die IGS zu der Osterburgschule kommen und nicht umgekehrt. Aus diesem Grunde habe sie die Alternativen vermisst, bei denen die IGS ausgelagert werde. Im März habe sie den Fachdienst Schule und Sport darüber informiert, dass die Zahlen nicht stimmen würden. Wenn jetzt gesagt werde, die Osterburgschule müsste Wanderklassen einrichten, dann könne sie nicht dafür garantieren, dass sich die Schüler, Lehrer und Eltern auch weiterhin ruhig verhalten würden. Es interessiere sie nicht, wer nun letztlich daran Schuld sei, sie müsse nur wissen, was sie im August mache müsse, wenn über 400 Schüler in der Osterburgschule beschult werden möchten.

**Herr Kottkamp** bedankt sich ebenfalls für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Er erläutere, Herr Lutz habe vorhin angesprochen, die IGS habe immer nur fünf Unterrichtsräume und eine Lehrerstation benötigt. Dieses sei nicht richtig. Da bei der IGS die Schülerinnen und Schüler zum individualisierten und selbstgesteuerten Lernen geführt würden, müssten sie auch Lernmöglichkeiten haben. Aus diesem Grunde benötige jeder Jahrgang eine Lernwerkstatt. Dieser Raum bräuhete jedoch keine Klassenraumgröße zu haben.

Bezüglich der Anmerkung von Herrn Mecklenburg hinsichtlich der Wallschule erklärt Herr Kottkamp, er würde dort folgende Problemfelder sehen, die abzarbeiten wären. Es müsste eine Möglichkeit für das Mittagessen gefunden werden. In Borssum hätten die Kinder die Möglichkeit, in der Schule zu essen. Im Hinblick auf die Unterrichtsräume bemerkt Herr Kottkamp, diese würden ausreichen. Da jedoch die IGS ihren Unterricht anders rhythmisiere, könnte es zu Problemen mit dem Jahrgang der Realschule kommen, der noch in der Wallschule sei. Einen weiteren Problembereich würde er in den Fachunterrichtsräumen sehen, da er nicht wisse, wie sich das an der Wallschule darstelle. Auch das müsse noch geprüft werden. Ein weiterer Punkt seien die Resultate der Planungsgruppe. Hier habe man sich voll auf den Standort Osterburgschule konzentriert. Er biete an, sich den Standort Wallschule gemeinsam mit der Planungsgruppe intensiv anzusehen, da ihm bekannt sei, unter welchem Zeitdruck nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Leitung der Osterburgschule und letzten Endes zudem die IGS sei. Weiterhin gibt Herr Kottkamp zu bedenken, dass die IGS zwar mit 150 Schüler anfangen werde. Jedoch würden das in sechs Jahren 900 Schüler sei. Wenn man die noch den Sekundarbereich II hinzurechne, rede man über 1.150 Schüler. Dann stelle sich die Frage, welche Schule in Emden diese Größe habe. Er bitte darum, längerfristig und ehrlich zu überlegen, welche Kosten daraus folgen würden.

Abschließend bemerkt Herr Kottkamp, bei allen Elternabenden in den Grundschulen habe er über die Konzeption der Schule und den Standort Borssum informiert. Hier stelle sich die Frage, wie man den Eltern einen neuen Standort klar machen könne.

**Herr Renken** stellt fest, nach den Ausführungen von Frau Hoffmann und Herrn Kottkamp müsse man darüber nachdenken, was Schulen bräuheten, was Eltern erwarteten und was für die Kinder erforderlich sei. Seiner Ansicht nach sei dieses Verlässlichkeit. Seine Fraktion sei nicht für diesen Standort der Osterburgschule gewesen und habe das Konzept der Verwaltung unter-

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

stützt. Auch habe seine Fraktion immer darauf hingewiesen, dass die Einrichtung einer IGS der Stadt einiges kosten werde. Doch letztlich habe der Rat diese Einrichtung beschlossen und somit müsse eine Umsetzung erfolgen. Doch auf der anderen Seite dürfe man dadurch eine andere Schule nicht schlechter stellen. Herr Renken stimmt den Ausführungen von Frau Hoffmann zu. Aber man dürfe auch der IGS-Planungsgruppe, die mit einem unheimlichen Engagement die schwierige Aufgabe bewältigen würde und eine IGS in Emden mit einem hervorragenden pädagogischen Konzept aufbaue, keine Steine in den Weg legen.

Herr Renken führt weiter aus, es sei allen bekannt gewesen, dass die gesamte Umstellung des Schulentwicklungsplanes 5 Mio. € kosten werde. Wenn jetzt ein geringer Teil dieser Kosten vorfristig erbracht werden müsse, dann bedeute dieses seiner Ansicht nach keine Verteuerung, sondern eine andere zeitliche Verteilung der notwendigen Kosten. Im Grunde genommen ändere sich der gesamte Rahmen und die Perspektive nicht. Er sei davon überzeugt, dass ein Start in der Wallschule äußerst schlecht für die IGS sei, an die hohe Erwartungen gerichtet werde. Er erinnere auch an die Kommunalaufsicht, die den Kommunen in Fragen des Schulbaus und bei Investitionen in den Schulen einen Spielraum gelassen habe. Ansonsten hätte die Stadt Emden eine ganze Reihe von Investitionen nicht durchführen können. Abschließend erinnert Herr Renken daran, dass Planungssicherheit und Verlässlichkeit wichtig seien. Daher müsse man alles dafür tun, einen erfolgreichen Start zu bekommen. Er schlage vor, zunächst bis zum 07.06.2010 zu warten. Er bittet darum, die Zielrichtung am Standort Osterburgschule umzusetzen, damit alle Kinder einen ordentlichen Unterricht in ordentlichen Verhältnissen bekommen könnten. Darauf hätten sie einen Anspruch.

**Herr Lutz** befürchtet bei der Aufstellung eines Containers, dass dieser auch noch in 20 Jahren dort stehen würde. Weiterhin halte er es für sinnlos, jetzt 280.000 € für einen Container auszugeben und anschließend in einen Neubau zu investieren. Er bittet darum, nachhaltig zu denken.

**Herr Mecklenburg** erklärt, er lehne ebenfalls die Containerlösung aus vielerlei Gründen ab und stellt fest, wenn der Standort Osterburgschule in Gänze für die IGS bis zur Jahrgangsstufe 10 zur Verfügung stehen solle, müsse sowieso ein Erweiterungsbau vorgenommen werden. Anschließend bittet er um Auskunft, warum in den Unterlagen zur Schulentwicklungsplanung die Osterburgschule immer mit 24 allgemeinen Unterrichtsräumen dargestellt worden sei. Nunmehr würden jedoch nur noch 22 Räume zur Verfügung stehen.

Bezüglich der Anregung der Herren Bongartz und Ammersken bittet Herr Mecklenburg darum, hier zunächst darüber einmal nachdenken zu können. Der Beginn für die Jahrgänge 5 und 6 der IGS am Standort Wallschule wäre zwar genehmigungspflichtig, weil es sich dann um eine Außenstelle handeln würde, doch würden hier zumindest die Argumente hinsichtlich des zentralen Standorts und der Schülerbeförderung wegfallen. Dennoch wolle sich seine Fraktion darüber noch einmal beraten, bevor er zu diesem Vorschlag Weiteres sagen könne.

**Herr Bongartz** betont, seine Meinung zu dem Gesamtthema sei hinreichend bekannt. Es läge eine Beschlusslage vor und seine Fraktion werde diese Dinge nicht absichtlich behindern. Er könne sich aber daran erinnern, dass Herr Kottkamp anfangs vorgeschlagen habe, mit der IGS in der Wallschule zu beginnen. Dieser Vorschlag sei seines Erachtens ganz vernünftig gewesen, da man noch nicht wisse, ob eine Fünfüzigkeit überhaupt zustande käme. Seiner Meinung nach würden Container schon aus haushaltsrechtlichen Gründen ausscheiden und seien auch nur eine Notlösung, die nicht dauerhaft sei.

Weiter führt Herr Bongartz aus, er sehe nur die Möglichkeit, mit der IGS in der Wallschule zu beginnen. Die Planungsgruppe der IGS müsse entscheiden, ob dieses eine Alternative sei. Zumindest sei dann der zentrale Standort erreicht. Für die anderen Probleme würden sicherlich auch Lösungen gefunden werden, doch müsse auch dafür Geld in die Hand genommen wer-

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

den. Wie viel das sein werde, könne man noch nicht sagen, aber es müsse hier eine Lösung in dem bestehenden Haushalt gefunden werden. Herr Bongartz betont, wenn die Einrichtung der IGS dem Rat so wichtig sei, dann müsse man dabei eine absolute Priorität setzen und die Kraft haben, in den bestehenden Haushalt noch einmal wieder etwas darzustellen. Er gehe davon aus, dass man dieses irgendwie schaffen werde, wenn es auch außergewöhnlich schwierig werde.

**Herr Buisker** stellt fest, wie Herr Renken bereits ausführte, seien für die Eltern Kontinuität und Verlässlichkeit am Wichtigsten. Hier spiele es keine Rolle, wo es gemacht werde, die Hauptsache sei, es werde etwas gemacht, damit jeder entscheiden könne, was für sein Kind das Beste sei. Herr Buisker bemerkt, er sei gegen den Standort an der Osterburgschule gewesen, da dieser nicht zentral sei. Vor einem Jahr habe man mit Herrn Kottkamp darüber gesprochen, die IGS in der Wallschule beginnen zu lassen. Jedoch habe die SPD ganz klar gesagt, die IGS würde in der Osterburgschule starten, egal was dieses kosten werde. Zu diesem Zeitpunkt sei schon klar gewesen, dass die Kommunen kein Geld mehr hätten. Man dürfe aber nicht vergessen, dass bei einem Anbau von 20 Räumen in Borssum, entsprechende Räume in Emden an anderen Schulen wieder leer stehen würden. Dieses bedeute die nächste Schulschließung.

**Herr Kaufhold** hält den Standort Wallschule für die denkbar schlechteste Lösung, da dort keine Fachlehrkräfte vorhanden seien. Weiter führt er aus, gerade am Anfang müsse das Kollegium der IGS zusammenwachsen. In der Pädagogik werde immer sehr großen Wert darauf gelegt, dass sich eine Gemeinschaft entwickeln würde. Auch müssten die Schüler lernen, verantwortungsvoll mit ihrer eigenen Schule umzugehen.

**Frau Schulte** ist der Meinung, dass das Aufstellen von Containern nicht sein müsste, da der Standort in der Wallschule durchaus möglich sei. Ihrer Meinung nach müssten die Fachlehrkräfte durchaus in der Lage sein, von einer Schule zur nächsten zu kommen, da dieses ja auch von den Schülern verlangt würde.

**Herr Bongartz** stellt fest, wenn mit der IGS an einem Standort und einem eigenständigen Kollegium begonnen werde, wäre es unsinnig, einen Teil dieses Kollegiums an der Osterburgschule unterzubringen. Er würde empfehlen, alle Lehrer in der Wallschule zu belassen.

**Herr Sprengelmeyer** bedankt sich zunächst erst einmal für die offenen Worte. Diese würden der Verwaltung und der beteiligten Schulen helfen, zu Lösungsvorschlägen zu kommen. Er wolle keine Schuldzuweisungen machen, denn dieses helfe nicht weiter. Jedoch könne er die Diskussion um die Wallschule nicht nachvollziehen, da hier ein Beschluss des Rates vorliegen würde. Herr Sprengelmeyer betont, es werde eine Planungssicherheit für die Eltern und Kinder benötigt. Die Planungssicherheit sei durch den Beschluss „Einführung einer IGS am Standort der heutigen bisherigen Haupt- und Realschule Osterburg“ vorhanden. Vor diesem Hintergrund würden am 04. und 05.06.2010 die Eltern ihre Entscheidung treffen.

Herr Sprengelmeyer erinnert an die Schulausschuss-Sitzung am 07.05.2009, in der Herr Buß darauf hingewiesen haben, dass Kosten für eine Fünfstufigkeit in Höhe von 5 Mio. € veranschlagt würden. Er habe in dieser Sitzung darauf hingewiesen, dass zu dem Investitionsbedarf an der Osterburgschule in Höhe von 5 Mio. € weitere Kosten für die Umsetzung der Schulentwicklungsplanung von insgesamt 9 Mio. € hinzukämen. Diese Summe beinhalte u. a. die Mensa am GAT, den Umbau der Schule Wybelsum und die Grundschulsanierung der Cirksenaschule. Auch Herr Lutz habe in dieser Sitzung erklärt, dass den Bürgern in der Stadt Emden eine Antwort gegeben werden müsse. Daher sei eine Entscheidung notwendig. Zudem habe er darauf hingewiesen, dass diese 9 Mio. € auch geschultert werden müssten.

Anschließend stellt Herr Sprengelmeyer fest, die Planungsgruppe arbeite seit Beginn des Jahres unter enormen Zeitdruck ein hochwertiges pädagogisches schulisches Konzept aus, mit

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

dem Ziel, hier eine sehr gute Schule aufzubauen. Dieses habe nach wie vor die erste Priorität. Wenn der Ausschuss unter dem Tagesordnungspunkt 6 über Schulverweigerung und über Jugendliche gesprochen habe, die nicht schulisch und beruflich integriert seien, dann müssten neue Schulen so geplant werden, dass sie erfolgreich seien. Das gelte für die IGS und das werde im nächsten Jahr auch für die neue Grundschule Cirksenaschule gelten.

**Herr Buß** führt aus, in der damaligen Planung sei man von 24 allgemeinen Unterrichtsräumen an der Osterburgschule ausgegangen. Ein Raum sei für die Einrichtung einer Schulstation und ein weiterer Raum im Wege der Umplanung als Ganztagschule im Bereich Bücherei verwendet worden. Somit würden nunmehr 22 allgemeine Unterrichtsräume an der Osterburgschule zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der Wallschule bemerkt Herr Buß, die Wiederherstellung der Wallschule für einen Unterricht der IGS über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren koste auch eine Menge Geld, da Renovierungsarbeiten durchzuführen seien. Neben Maler- und Fußbodenarbeiten müsse auch im Elektro- und Ausstattungsbereich einiges gemacht werden. Nachdem die Schule quasi stillgelegt worden sei, habe man die Einrichtungsgegenstände je nach Bedarf an andere Schulen ausgelagert. Insofern müsse eine erhebliche Erweiterung der Ausstattung vorgenommen werden. Auch bezüglich des Speiseraums sei im Grunde genommen nichts vorhanden und müsste entsprechend neu hergestellt werden. Zudem könnten Synergieeffekte im Bereich der Personalkosten für den Hausmeister und die Schulverwaltungskraft nicht genutzt werden.

Abschließend stellt Herr Buß fest, an der Wallschule seien 14 allgemeine Unterrichtsräume vorhanden, sodass zwei Jahrgänge der IGS dort beschult werden könnten. Die entsprechende Perspektive müsse rechtzeitig aufgebaut werden. Weiterhin müsse Geld in die Hand genommen werden, sodass dieser Aufwand nicht unerheblich sei.

**Herr Renken** teilt mit, nach den heutigen Ausführungen habe er hohe Zweifel am Standort Wallschule. Von anderer Seite sei natürlich vielfach der Wunsch vorgetragen worden, dieses vergleichend darzustellen. Er gehe nicht davon aus, dass es ein gangbarer Weg sein könne. Aber auch Herr Kottkamp habe darauf hingewiesen, dass er mit seiner Planungsgruppe noch einmal darüber nachdenken wolle. Herr Renken erinnert an ein Schreiben auf eine Anfrage der FDP-Fraktion, in dem gestanden habe, eine neu errichtete IGS könnte in der Osterburgschule ab dem Schuljahr 2010/2011 zunächst ohne räumliche Probleme fünfzünftig aufgenommen werden und voraussichtlich drei Schuljahre ohne Erweiterungsbau wachsen. Seiner Ansicht nach sei es dadurch möglich, die tatsächlichen Anmeldezahlen für diese Schulform zu beobachten und entsprechend des tatsächlichen räumlichen Bedarfs zu reagieren. Als Interimslösung sei seinerzeit die zeitweilige Nutzung von Containerklassen angedacht worden, die wiederum zusätzliche Kosten verursache. Herr Renken stellt fest, dass seitens der Verwaltung bereits an einen solchen Fall gedacht worden sei. Somit sei diese Idee nicht neu, sondern durchaus als eine praktikable Lösung anzusehen.

Weiter fragt Herr Renken an, wenn die Bereitschaft sehr gering ausgeprägt sei, zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, ob auch an diesem rigiden Kurs festgehalten werde, wenn es um die Veränderung in der Cirksenaschule im nächsten Jahr oder auch um den Ausbau der Schule Wybelsum zur Ganztagschule gehe.

**Herr Ammersken** stellt fest, heute sei viel über Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Ratsbeschlüsse gesprochen worden. Zwar würde hier eine Beschlusslage vorliegen, aber seiner Ansicht nach hindere den Rat nichts daran, in einer solchen Situation die Beschlusslage zumindest auszusetzen, wenn inhaltlich gewichtige Gründe vorliegen würden. Durch diese Diskussion und den Artikel in der Emdener Zeitung seien die Eltern verunsichert, ob sie ihre Kinder bei der IGS anmelden sollten. All das sei für die Umsetzung der IGS und deren Fünfzügigkeit kontra-

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

produktiv. Aus diesem Grunde bitte er darum, noch einmal in Ruhe darüber nachzudenken und derzeit den Beschluss auszusetzen.

**Herr Lutz** betont, mit dieser Mitteilungsvorlage habe die Verwaltung den Rat auf ein Problem aufmerksam gemacht, welches durch Rückläufer entstanden sei. Erst am 07.06.2010 wisse man, wie hoch der Raumbedarf tatsächlich sei. Heute werde man keine Entscheidung treffen können, da eine Regelung vorhanden sei, die zum Schuljahresbeginn greifen werde. Über dieses Problem müsse mit den beiden Schulleitungen diskutiert und überlegt werden, welche Möglichkeiten es geben würde, den Raumbedarf so zu minimieren, dass er ausreichend sei. Anfang August würden beide Schulleiter ihren Schülerinnen und Schülern gegenüberstehen. Bis dahin müsse dieses Problem geklärt sein. Wenn der tatsächliche Bedarf feststehe, werde die Verwaltung dem Ausschuss mitteilen, wie der Stand sei. Sollten dann in diesem Jahr noch Investitionen notwendig sein, dann müsse überlegt werden, welche Möglichkeiten es gäbe.

**Herr Kaufhold** stellt heraus, die Eltern hätten sich auf die Osterburgschule und nicht auf ein Provisorium eingestellt. Weiter bemerkt er, zwar würden es die Schulen schaffen, mit Außenstellen zu arbeiten. Doch sei dieses ein ständiges Leiden. Letztlich gibt er zu bedenken, dass die Investitionen, die in der Wallschule getätigt würden, gegen das aufzurechnen seien, was hinterher in der Osterburgschule benötigt werde.

**Frau Schulte** ist der Ansicht, dass ein Anbau viel zu lange dauern würde. Ob nun Container aufgestellt oder ob in die Räumlichkeiten der Wallschule investiert würde, sei ihrer Meinung nach kein so großer Unterschied.

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass die Unsicherheit für die Eltern und Kindern nur daher käme, wenn die Ratsbeschlüsse in Zweifel gezogen würden. Die Verwaltung nehme die Ratsbeschlüsse ernst und müsse zunächst abwarten, wie sich der Elternwille durch die Anmeldungen äußere. Die Eltern hätten zunächst einmal die Verlässlichkeit, dass die IGS am Standort Osterburgschule eingerichtet werde. Alles Weitere bringe nur Verunsicherungen für die Anmeldungen am 04. und 05.06.2010.

**Herr Mecklenburg** betont, seine Fraktion ziehe überhaupt nichts in Zweifel und wolle nicht dazu beitragen, dass jetzt ernsthaft ein anderer Standort in Erwägung gezogen werde. Man denke lediglich darüber nach. Der Ratsbeschluss und die Verlässlichkeit würden stehen. Doch er sei darüber verwundert, dass jetzt aus 24 Klassenräumen plötzlich 22 geworden seien, weil bestimmte Bedarfe vorhanden gewesen seien.

**Herr Renken** fragt an, ob es richtig sei, dass alle Vorgehensweisen, die ein Abrücken vom Standort Osterburgschule bedeuten, auch einen Ratsbeschluss erforderlich machen würden. Somit könne seiner Meinung nach ein diesbezüglicher Beschluss vor Ende August überhaupt nicht gefasst werden

**Herr Lutz** erklärt, es müsse ein Beschluss des Rates gefasst werden. Hinzu käme auch noch ein Genehmigungsverfahren. Es würde zurzeit eine Genehmigung vorliegen, eine IGS am Standort Osterburgschule zu errichten. Die Verwaltung habe die Beschlüsse des Rates auszuführen. Nur wenn die Einrichtungsgruppe zu dem Ergebnis käme, es gehe nicht anders, könne dieses unter Umständen ein Grund sein. Doch dafür sehe man derzeit keinen Anlass.

**Herr Bongartz** stellt fest, seit über 1, 5 Stunden werde nunmehr über eine Mitteilungsvorlage diskutiert. Die Situation sei von der Verwaltung dargestellt und in diesem Zusammenhang sei auch mitgeteilt worden, dass das Geld derzeit nicht vorhanden sei und in einem Nachtragshaushalt beschlossen werden müsse. Dieser Nachtragshaushalt habe eine Genehmigungszeit, sodass in diesem Jahr nichts mehr passieren werde. Anschließend sei nach Alternativen gesucht worden und man sei zur Wallschule gekommen. Hier könne man sofort hinein. Das sei

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

der Grund gewesen, weshalb man darauf gekommen sei. Wenn es andere Wege geben würde, dieses Problem zu lösen, dann sollte das in den nächsten 14 Tagen gelöst werden. Ansonsten gäbe es nur diese eine Lösung oder gar nichts.

**Frau Hoffmann** bemerkt, wenn über Verlässlichkeit gesprochen werde, dann treffe das natürlich auch für ihre Schule zu. Auch die Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler würden sich darauf verlassen, dass die Haupt- und Realschule Osterburg so bleibe. Ihr Auftrag sei es, die Schule ordnungsgemäß abzuwickeln. Sie habe darauf zu achten, dass bis zur letzten Klasse ein ordnungsgemäßer Unterricht stattfinden werde.

Hinsichtlich der neu eingerichteten Schulstation und Bücherei führt sie aus, dass diese geplant worden seien, als die IGS überhaupt noch nicht thematisiert worden sei. Im Zuge des Neubaus an der Osterburgschule seien diese zwei Klassenräume umgewandelt worden. Zu diesem Zeitpunkt sei die IGS schon ganz und gar nicht für die Osterburgschule Thema gewesen. Das müsse hier richtig gestellt werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

**TOP 9**                   Neubau einer Sporthalle am Gymnasium am Treckfahrtstief;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.03.2010  
Vorlage: 15/1551

**Herr R. Bolinius** stellt heraus, die FDP-Fraktion fordere hier nicht den Neubau einer Sporthalle am GAT. Sie möchte lediglich wissen, ob eine ständige Instandhaltung kostengünstiger als ein Neubau sei.

**Herr Baumann** führt aus, die Sporthalle sei wie das Schulgebäude in den 50-er Jahren erbaut. In den zurückliegenden Jahrzehnten seien an vielen öffentlichen Gebäuden kaum Sanierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Es sei dem Rat bekannt, wie viele Mittel das Gebäudemanagement seit 2004 in die Schulgebäude investiert habe, sodass sich auch die Turnhalle des GAT grundsätzlich in einem guten baulichen Zustand befinde. Zwar habe es in den letzten Jahren immer wieder Probleme gegeben, aber durch die Mittel aus dem Konjunkturpaket II seien in den letzten Monaten auch die große Fensterfassade erneuert und die Feuchtigkeitsschäden am Fußboden beseitigt worden. Herr Baumann bemerkt, zu einem späteren Zeitpunkt müssten auch noch die Nassbereiche und die Umkleieräume saniert werden. Hierdurch würden Kosten in Höhe von 155.000 € entstehen, sodass man auf eine Gesamtanierungspaket in Höhe von ca. 350.000 € komme. Doch damit wäre dann die Sporthalle am GAT seiner Meinung nach in einem guten Zustand.

Abschließend erklärt Herr Baumann, eine Dreifachsporthalle würde Kosten in Höhe von 3,5 Mio. € verursachen. Eine Tribüne mit 1 Mio. € sei dabei nicht eingerechnet. Hinzu kämen noch wesentlich höhere Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten. Seines Erachtens sei deutlich, dass sich der Neubau einer Dreifachsporthalle überhaupt nicht rechnen würde.

**Herr Lutz** stellt fest, die vorhandene Halle sei noch nicht ganz abgeschrieben. Die Abschreibungsraten seien jetzt natürlich geringer. Wenn eine neue Halle gebaut werde, würden sich diese Abschreibungen natürlich erhöhen, was zu Aufwendungen führe. Die Abschreibungen würden benötigt, um die Tilgung und die Zinsen zu bezahlen. Wenn aufgrund von Platzgründen die alte Halle weggenommen werden müsse, käme noch eine Sonderabschreibung hinzu, die das Ergebnis des Gebäudemanagements weiter belasten würde. Zusammenfassend erklärt

## Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Lutz, die Prüfung habe ergeben, es sei günstiger, die Halle zu erhalten, zumal der derzeitige bauliche Zustand in Ordnung sei.

**Herr R. Bolinius** bedankt sich für die Gegenüberstellung und fragt an, ob im Moment ein uneingeschränkter Betrieb in der Turnhalle möglich sei.

**Herr Fischer-Joost** entgegnet, der Schulsport könne trotz kleiner Restarbeiten durchgeführt werden. In den Sommerferien würden noch die Heizkörper an den Decken angebracht, sodass man dann eine Turnhalle habe, die energetisch sehr gut aufgestellt sei.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Bildungsregion Ostfriesland;  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2010  
Vorlage: 15/1574

**Herr Mecklenburg** beantragt, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln. Seiner Meinung sei dieses Thema ausgesprochen wichtig und erfordere Zeit, sich damit auseinanderzusetzen.

**Frau E. Meyer** stellt fest, dass der Vorschlag von Herrn Mecklenburg die allgemeine Zustimmung des Schulausschusses finde.

**Ergebnis:** Vertagt

**TOP 11** Vorstellung des Fördervereins MNU;  
- Antrag der Fraktion Die LINKE. vom 19.04.2010  
Vorlage: 15/1567

**Frau E. Meyer** schlägt vor, auch diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu behandeln.

**Ergebnis:** Vertagt

**TOP 12** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Genehmigungen für die Einrichtung von Ganztagschulen

**Herr Buß** weist darauf hin, dass zwischenzeitlich die Genehmigungen zur Einrichtung von Ganztagschulen für die Westerburgschule und für die IGS Emden vorliegen würden.

### 2. Änderung der Fahrtkosten

**Herr Buß** erklärt, es werde eine Änderung bei den Fahrtkosten zur IGS Veenhusen durchgeführt werden. Vor einigen Wochen sei diesbezüglich bereits eine Pressemitteilung herausgegeben worden.

### 3. Förderschule

**Herr Buß** bemerkt, die Förderschule könne zwischenzeitlich die Räumlichkeiten des Ganztagsanbaus wieder vollständig nutzen.



## **Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Schulausschusses**

### 4. Anmeldetermine

**Herr Buß** stellt fest, die Anmeldetermine seien für die IGS am 04. und 05.06.2010 und für die weiteren Schulen der Sekundarstufe I in der Zeit vom 14. bis 18.06.2010.

### **TOP 13**           Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.